

Drucksache Nr. 072/2007 öffentlich

Auswertung der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter im Schwarzwald-Baar-Kreis 2. Zwischenbericht (Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis Juni 2007)

Anlagen: Keine

Gäste: Herr Paul, Herr Kuhner (Amt für Familie, Jugend und Soziales VS)

Sachverhalt

Die gemeinsame Arbeitsgruppe hat im ersten Halbjahr 2007 3-mal getagt (3. April 2007, 3. Mai 2007 und 19. Juni 2007).

Themenschwerpunkte waren:

- Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des gemeinsamen Fachtages zum Thema betreutes Einzelwohnen.
- Entwicklung von Modulen für eine verbindlichere Zusammenarbeit der Pflegekinderdienste beider Jugendämter.
- Weiterhin wurden im Berichtswesen weitere Korrekturen bzw. weitere Differenzierungen vorgenommen.

Nicht behandelt wurden im ersten Halbjahr 2007 die Auswertung der Fall- und Kostenentwicklung der Hilfen nach

- § 35a SGB VIII (Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche)
- § 41 SGB VIII Hilfen für junge Volljährige in Verbindung mit §§ 33, 34 (Vollzeitpflege – Heim)
- § 42 SGB VIII Inobhutnahme
- soweit die Analyse der Fallzahlenentwicklung in der Jugendgerichtshilfe beider Jugendämter.

Da ab dem 2. Quartal 2007 eine weitere Differenzierung des gemeinsamen Berichtswesens vereinbart ist (getrennte Erfassung der ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen bei den §§ 35a und 41 SGB VIII) wurde die Auswertung der Fall- und Kostenentwicklung in die 2. Jahreshälfte verschoben und wird im 3. Zwischenbericht dargestellt.

Stellungnahme der Verwaltung

Der vorgelegte 2. Zwischenbericht baut auf die bisher abgestimmten Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der beiden Jugendämter auf und umfasst die Themen:

1. Durchführung und Auswertung des gemeinsamen Fachtages beider JÄ zum Thema: betreutes Einzelwohnen und ISE.
2. Entwicklung von Modulen für eine verbindlichere Zusammenarbeit der Pflegkinderdienste beider Jugendämter.
3. Ausblick für die weitere Arbeit der AG der Jugendämter.

Durchführung und Auswertung des gemeinsamen Fachtages beider JÄ zum Thema: betreutes Einzelwohnen und ISE

Am 13. Februar 2007 wurde der Fachtag zum Thema „Ausbau von betreutem Einzelwohnen/ ISE“ von beiden Jugendämtern und Jugendhilfeanbietern aus dem Landkreis gemeinsam im Landratsamt durchgeführt.

Hintergrund der Veranstaltung war die Tatsache, dass diese Hilfeform von beiden Jugendämtern bisher zuwenig als Alternative für stationäre Jugendhilfemaßnahmen genutzt wird, gleichwohl aber Wege gesucht werden wie diese Hilfemöglichkeit zukünftig verstärkt eingesetzt werden kann.

Als externe Referenten wurden Vertreter des Jugendamtes Zollernalbkreis und eines dort tätigen freien Trägers eingeladen. Im Zollernalbkreis werden diese Jugendhilfemaßnahmen seit einiger Zeit erfolgreich durchgeführt.

Nach einem Input-Vortrag der Referenten wurden in gemischten Arbeitsgruppen die im Zollernalbkreis gemachten Erfahrungen für die beiden Jugendämter im SBK reflektiert und mögliche Übertragungen diskutiert.

Ergebnis:

- Beider Jugendämter werden zukünftig, dort wo es fachlich vertretbar ist, voranging die Unterbringung in ein betreutes Einzelwohnen erproben. Dabei ist es wichtig, dass der Jugendliche über ein Mindestmaß an positive Autonomie verfügt, um erfolgreich diese Maßnahme zu durchlaufen. Je nach Fallkonstellation muss evtl. ein betreutes Wohnen in einer Gruppe vor dem Einzelwohnen erprobt werden.
- Die Leitungsebenen der Jugendämter haben verabredet diese Hilfeform verstärkt bei den Fallentscheidungen der Sozialen Dienste zu berücksichtigen und die Mitarbeiter bei diesen Entscheidungen aktiv zu unterstützen. Bei dieser Hilfeform ist die Möglichkeit des Scheiterns des Jugendlichen höher als in anderen Angeboten. Es ist nicht immer vorhersehbar/ planbar wie der junge Mensch mit einer solchen Situation zurechtkommt und ob ein Abbruch die Folge sein würde. Hier sind Leitungen und MitarbeiterInnen aufgefordert vertretbare Risiken in der Hilfeplanung einzugehen.

- Die Jugendhilfeträger im Landkreis haben bereits unterschiedliche Angebote für betreutes Einzelwohnen entwickelt und werden ihre Konzeptionen den Jugendämtern zukommen lassen. In der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Jugendämter und der Jugendhilfeträger im Schwarzwald Baar Kreis und in der Stadt Villingen-Schwenningen wird die Entwicklung dieser Angebotsform und die Nutzung durch die Jugendämter auch zukünftig fachlich beobachtet werden.

Die Resonanz der TeilnehmerInnen aus beiden Jugendämtern zu einer gemeinsam durchgeführten Veranstaltung war sehr positiv. Die Jugendämter haben verabredet, auch zukünftig gemeinsame Fachtage/ Fortbildungen durchzuführen. Es ist eine gute Möglichkeit, relativ einfach und ohne großen Organisationsaufwand eine gemeinsame Fortbildungsmöglichkeit zu schaffen. Dies soll perspektivisch auch zu einer Annäherung von fachlichen Standards führen.

Entwicklung von Modulen für eine verbindlichere Zusammenarbeit der Pflegekinderdienste beider Jugendämter

Gemäß der in der AG der Jugendämter getroffenen Vereinbarungen und Absprachen fanden im Zeitraum von Oktober 2006 bis Januar 2007 fünf Arbeitstreffen der Pflegekinderdienste des SBK und der Stadt VS statt. Die zuständigen Leitungskräfte haben den Prozess begleitet.

Es wurden die wesentlichsten organisatorischen und inhaltlichen Themen und Aufgabenstellungen angesprochen und erarbeitet, die sich einer engeren Zusammenarbeit erschließen und im Rahmen einer definierten Zeitperspektive in der Zukunft gemeinsam bearbeitet werden sollen.

Es wurde dabei festgehalten, dass eine Zusammenfassung der beiden Pflegekinderdienste zu einem Dienst nicht für sinnvoll erachtet wird. Dies auch besonders vor dem Hintergrund, dass es sich bei beiden Jugendämtern um jeweils eigenständige Jugendhilfeträger handelt. Gleichwohl werden mit den erzielten Verabredungen auch Synergieeffekte erwartet. Eine engere und intensivere Zusammenarbeit und Kooperation wird von beiden Jugendämtern als gewünscht, sinnvoll und erstrebenswert angesehen.

Einen Überblick gibt die nachfolgende Tabelle:

| Nr. | Aufgabe/Thema | Zielperspektive Erledigung bzw. Ergebnis |
|-----|---|---|
| 1 | Entwicklung gemeinsamer Indikatoren für <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vollzeitpflege ▪ Sozialpäd. Familienpflege ▪ Heimerziehung | erledigt 03/ 2007 |
| 2 | Entwicklung Kriterien für „Jugendliche in Pflegefamilien“ | erledigt 02/ 2007 |
| 3 | Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel | Lfd. Vorabinformation und gemeinsames Übergabegespräch unabdingbar. |

| | | |
|-----------|---|---|
| 4 | Erarbeitung gemeinsamer Standards (z.B. Bewerbungsverfahren, Vorbereitungsseminare, Qualifizierung, Pflegeausweis/-vertrag) | Herbst 2007 |
| 5 | Werbung und Öffentlichkeitsarbeit <ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung Konzept für Infoveranstaltungen und Durchführung ▪ Planung und Absprache weiterer Aktionen (Runde Tische, Jahresfest, „Weihnachtsbrief“ etc.) | Herbst/ Ende 2007 Ende 2007 und sukzessive |
| 6 | Entwicklung Konzept für gemeinsames Vorbereitungsseminar | Anfang 2008 |
| 7 | Durchführung gemeinsames Vorbereitungs-Seminar | Frühjahr 2008 (Voraussetzung: genügend Bewerber) |
| 8 | Durchführung gemeinsamer Fortbildungsveranstaltungen (ca.1-2/Jahr) (auch: Absprache zu und Nutzung von Angeboten „externer“ Anbieter wie TaPS e.V., Gesundheitsamt etc.) | Bereits teilw. in 2007 umgesetzt/ sukzessive |
| 9 | Entwicklung Gruppenangebot für Pflegekinder <ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung eines Konzeptes ▪ Klärung bzgl. möglicher Kooperationspartner Umsetzung des Angebots | Mitte 2008 Herbst 2008 |
| 10 | Entwicklung „Leitfaden für Pflegeeltern“ | Mitte 2008 (Übersicht Inhalte liegt vor) |
| 11 | Regelmäßige Austauschtreffen der Pflegekinderdienste | Minimum 2 Treffen/Jahr (Bei Bedarf mehr) |

Die erste gemeinsam von den Pflegekinderdiensten der beiden Jugendämter durchgeführte Fortbildungsveranstaltung für Pflegeeltern im März 2007 zum Thema: **Umgang mit Pflegeeltern** wurde von Herrn Dr. Arm inhaltlich gestaltet. Sie fand im Sitzungssaal des Landratsamtes statt und wurde von ca. 35 Pflegepersonen besucht.

Weitere gemeinsame Veranstaltungen werden folgen. Dabei werden auch Kooperationen mit dem Tagespflegeelternverein TaPs e.V. Gesundheitsamt etc. erfolgen.

Als vorläufiges Resümee ist festzuhalten, dass es bei beiden Fachdiensten gelungen ist die Zusammenarbeit zu vertiefen und damit die Hoffnung besteht, dass das Pflegekinderwesen im Landkreis zukünftig in umfassender Weise als bisher gemeinsam weiterentwickelt wird.

Allerdings benötigt diese Entwicklung Zeit und weitere Vertrauensbildung auf beiden Seiten.

3. Ausblick auf die weitere Arbeit der AG der Jugendämter

Die Arbeitsgruppe der Jugendämter wird im 2. Halbjahr 2007 folgende Themenschwerpunkte setzen:

- Die bisher noch nicht aktuell bearbeiteten Fall- und Kostenvergleiche werden im 2. Halbjahr 2007 vorgenommen.
- Weiterhin wird die Entwicklung des Berichtswesens in die Richtung zur IBÖ (Integrierte Berichterstattung auf Landesebene) vorangebracht. Damit besteht dann auch die Möglichkeit sich landesweit besser statistisch zu vergleichen.
- Mitvorbereitung eines gemeinsamen Fachtages der beiden Jugendämter mit der „*Ohlebusch-Gruppe*“ (Jugendhilfeträger) zum Thema „Systemisches Arbeiten im Zwangskontext“; Referentin wir Frau Dr. Conen sein.
- Darstellung der jeweiligen Entscheidungsstrukturen in den Jugendämtern um sich so dem Thema der *Prozeßqualität* zu nähern. Ziel ist es, Abläufe z.B. in der Hilfefewährung, dem Kinderschutz, bei Inobhutnahmen etc. für das jeweilige andere Jugendamt transparent zu machen.
Im zweiten Schritt sollen die beiden Jugendämter aufgrund dieser Informationen die Möglichkeit haben ihre internen Abläufe optimieren zu können. Grundsatz ist dabei, dass es *zwei autonome Jugendämter* sind, die sich in einen fachlichen Diskurs begeben. Die eigene Organisationshoheit der jeweiligen Ämter bleibt bestehen.

Aus Sicht des Jugendamtes des Landkreises sollte zukünftig auch im Jugendhilfeausschuss der Stadt Villingen- Schwenningen eine regelmäßige Berichterstattung über die Arbeit der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Jugendämter erfolgen. Damit wäre der Informationsstand beider Jugendhilfeausschüsse vergleichbar.

Beschlussvorschlag:

Der zweite Zwischenbericht der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter wird zur Kenntnis genommen.